

Firmen für Familien



Familienfreundlichkeit. Flexible Arbeitszeiten, Jobsharing oder Betriebskindergärten: Unternehmen bieten eine ganze Palette von Maßnahmen an, die der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen. In jüngster Zeit nehmen viele Betriebe dabei zunehmend die Väter in den Blick und ermutigen sie, Elternzeit zu nehmen oder in vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten. Dieses Engagement zahlt sich aus, sagt IW-Wissenschaftlerin Andrea Hammermann. So sei die Fluktuation in familienfreundlichen Unternehmen geringer als in Betrieben, die die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter nicht im Blick haben. —> [Seiten 2-5](#)

Landtagswahlen

In Hessen und Bayern wird gewählt. Beide Bundesländer stehen wirtschaftlich vergleichsweise gut da, dennoch gibt es Handlungsbedarf.

—> [Seiten 8-9](#)

Industriepolitik

Lange ging ihr ein schlechter Ruf voraus, nun ist sie in Deutschland wieder en vogue: die Industriepolitik. Doch nicht alle staatlichen Eingriffe sind sinnvoll.

—> [Seiten 12-13](#)

Mehr Teilzeit-Papas

Familienfreundlichkeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Unternehmen ein zentrales Element, um ihre Fachkräfte zu halten. Während lange überwiegend Mütter die Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch genommen haben, sprechen Betriebe nun häufiger auch explizit Väter an. Dabei sind in mehr und mehr Unternehmen männliche Führungskräfte ein Vorbild, indem sie selbst Elternzeit beanspruchen oder in Teilzeit arbeiten.

Unternehmen haben viele Möglichkeiten, um Beschäftigte mit familiären Pflichten zu entlasten: angefangen mit Informations- und Beratungsangeboten über flexible Arbeitszeiten bis hin zum Betriebskindergarten mitsamt Ferienbetreuung. Welchen Stellenwert all diese Maßnahmen haben, untersucht seit

rund 20 Jahren der Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit, den das Institut der deutschen Wirtschaft für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt. Zwei gute Nachrichten vorweg: Familienfreundlichkeit ist den Unternehmen heute so wichtig wie noch nie – und viele Betriebe nehmen

dabei zunehmend explizit die Väter in den Blick.

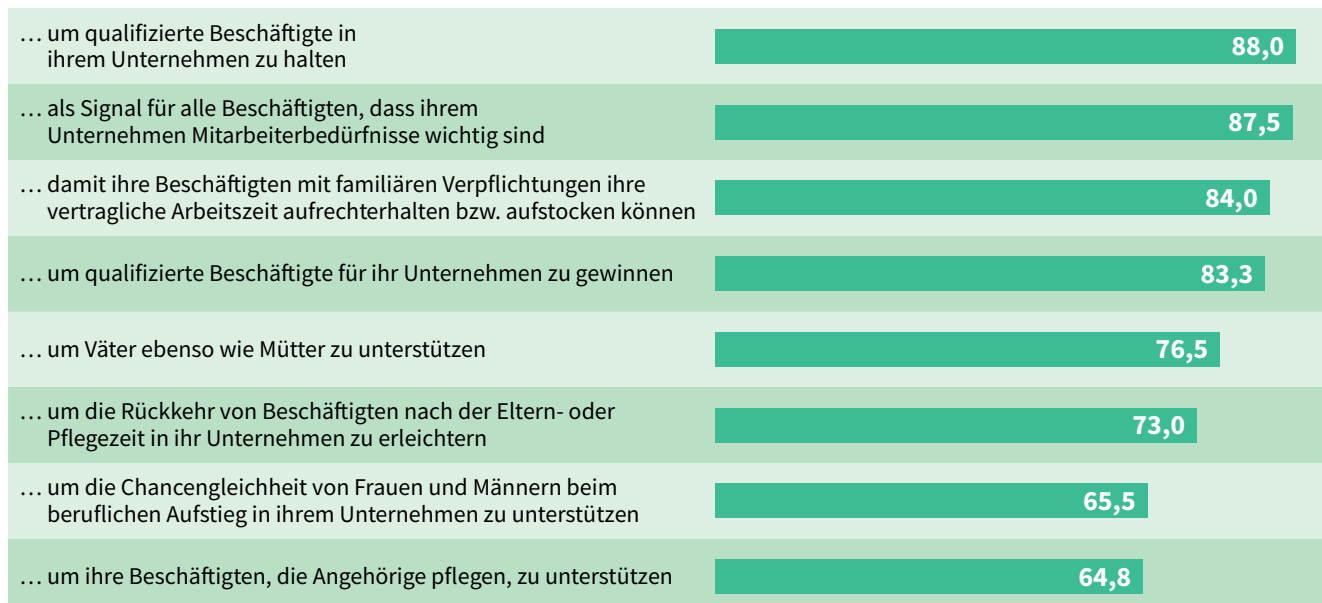
Fast alle sind sich der Relevanz des Themas bewusst:

Aktuell sagen 86 Prozent der Unternehmen in Deutschland, dass ihnen familienfreundliche Maßnahmen wichtig sind – 2015 waren es erst 77 Prozent.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Motive der Unternehmen

So vielen Unternehmen sind familienfreundliche Maßnahmen (eher) wichtig, ...

■ in Prozent



Befragung von 1.029 Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten im Rahmen des IW-Personalpanels zwischen März und Mai 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Familienfreundliche Unternehmen: Väter rücken in den Fokus

So viel Prozent der Unternehmen unterstützen Väter aktiv mit diesen Maßnahmen, Elternzeit oder Teilzeit in Anspruch zu nehmen

	2015	2018	2023
Angebot, in vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten	21,7	35,8	40,8
Ergebnisorientiertes Führen	19,8	36,4	40,3
Männliche Führungskräfte nehmen selber Elternzeit	16,6	28,3	33,9
Aktive Ansprache durch die Personalabteilung oder die unmittelbare Führungskraft bei Geburt eines Kindes	13,6	24,2	31,1
Ausdrückliche Ermunterung zur zeitlichen Befristung einer Teilzeitbeschäftigung	Frage wurde nicht gestellt	15,4	20,6
Männliche Führungskräfte arbeiten selber in Teilzeit	5,1	13,4	19,3

Befragung von 1.029 Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten im Rahmen des IW-Personalpanels zwischen März und Mai 2023
Ergebnisorientiertes Führen: Mitarbeiter werden anhand ihrer Arbeitsergebnisse und der Erfüllung von Leistungszielen bewertet

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



Ähnlich hoch sind die Zustimmungswerte der Beschäftigten – rund 82 Prozent empfinden, dass sich ihre Arbeitszeiten im Allgemeinen sehr gut oder gut mit ihren familiären und sozialen Verpflichtungen außerhalb ihres Berufs vereinbaren lassen.

Doch was veranlasst Unternehmen überhaupt dazu, teils hochkomplexe Betriebsabläufe wegen familiärer Belange ihrer Beschäftigten zu flexibilisieren und Geld für zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen in die Hand zu nehmen? Der wichtigste Grund lautet: Mitarbeiterbindung (Grafik Seite 2).

Jeweils 88 Prozent der Unternehmen halten familienfreundliche Maßnahmen für wichtig, um qualifizierte Beschäftigte zu halten und um zu signalisieren, dass ihnen Mitarbeiterbedürfnisse wichtig sind.

Auch die Profilierung als attraktiver Arbeitgeber spielt eine Rolle: Rund 83 Prozent der Betriebe halten Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für nützlich, um qualifizierte neue Beschäftigte zu gewinnen.

Viele familienfreundliche Unternehmen richten ihren Fokus dabei zunehmend auf die Väter in der Belegschaft. So glaubt rund die Hälfte der Unternehmen, dass die Unterstützung von Vätern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den nächsten Jahren noch bedeutsamer wird. Kein Wunder: Eine Prognos-Studie aus dem Jahr 2022 zeigt, dass bereits rund 450.000 Väter in Deutschland ihren Arbeitgeber zugunsten einer besseren Vereinbarkeit mit dem Privatleben gewechselt haben.

Seit einigen Jahren ist die Verbreitung von familienfreundlichen

Maßnahmen, die ausdrücklich Väter unterstützen wollen, stark gestiegen (Grafik):

Vollzeitnahe Teilzeitmodelle für Väter und ein ergebnisorientierter Führungsstil setzen sich mittlerweile in rund 40 Prozent der Unternehmen durch – das ist fast doppelt so viel wie 2015.

Sogar vervierfacht hat sich innerhalb dieses Zeitraums der Anteil der Firmen, die männlichen Führungskräften explizit das Angebot machen, in Teilzeit zu arbeiten. Allerdings praktizieren dies erst rund 19 Prozent der Betriebe, sodass männliche Führungskräfte in Teilzeit, die zu Hause den Nachwuchs mitversorgen, nach wie vor die Ausnahme sind. Dafür ermuntert rund ein Drittel der Unternehmen (auch) ihre männlichen Führungskräfte, selbst Elternzeit zu nehmen, 2015 tat dies nur jedes sechste.

Obwohl das Angebot der Unternehmen an familienfreundlichen Maßnahmen stetig wächst, scheuen drei von zehn Beschäftigten davor zurück, die Unterstützung im gewünschten Umfang auch anzunehmen – weil dies von Kollegen oder aber auch von der Führungskraft nicht gerne gesehen wird. Während das Angebot in den Augen der Beschäftigten überwiegend passt, gibt es hinsichtlich der internen Kommunikation in vielen Unternehmen noch Verbesserungspotenzial: Mit rund 47 Prozent gibt fast jeder zweite Beschäftigte an, sich nicht ausreichend über das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen im eigenen Unternehmen informiert zu fühlen.

Studie

Andrea Hammermann, Oliver Stettes:
Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2023
iwkoeln.de/familienfreundlichkeit

Interview. Immer mehr Unternehmen bemühen sich, familienfreundlicher zu werden. Warum sich das lohnt, was einen familienfreundlichen Betrieb überhaupt ausmacht und warum Arbeitnehmer die Situation oft noch kritischer einschätzen als ihre Arbeitgeber, erklärt **Andrea Hammermann**, Senior Economist für Arbeitsbedingungen und Personalpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft.



Foto: IW Medien

„Familienfreundlichkeit zahlt sich aus“

Was hat die Familienfreundlichkeit der Unternehmen mehr befördert: die Pandemie oder der zunehmende Fachkräftemangel?

Durch die Pandemie sind Arbeitszeit und -ort deutlich flexibler geworden, was natürlich sehr familienfreundlich ist. Am stärksten treibt die Unternehmen aktuell aber die Frage um, wie sie ihre Fachkräfte halten und neue hinzugewinnen können. Wir steuern von einem Arbeitgeber auf einen Arbeitnehmermarkt zu. Aufgrund des Fachkräftemangels können die Bewerber mehr verlangen und höhere Ansprüche an potenzielle Arbeitgeber stellen – darauf reagieren die Betriebe und stärken die Familienfreundlichkeit.

Woran erkennt ein Arbeitnehmer ein familienfreundliches Unternehmen?

Die meisten Unternehmen gehen nach außen hin recht transparent damit um, in welchem Umfang mobiles Arbeiten möglich ist, wie flexibel Arbeitszeiten sind und wie es mit Sabbaticals aussieht. Nach den Gestaltungsmöglichkeiten für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte man grundsätzlich schon im Bewerbungsgespräch fragen, auch wenn es einen aktuell noch nicht betrifft. Viele Firmen bemühen sich zudem mittlerweile um Zertifikate, die sie als familienfreundlich auszeichnen, oder lassen ihre Mitarbeiter über deren eigene

Erfahrungen berichten – was haben sie für Arbeitszeitmodelle, wie war es, als sie Mutter oder Vater geworden sind? So können sich Bewerber ein Bild davon machen, wie die Familienfreundlichkeit im Unternehmen gelebt wird.

Das Wichtigste für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Unternehmenskultur, wie also ein Betrieb das Thema in der Praxis umsetzt. Das beste Angebot nutzt nichts, wenn die Führungskraft oder die Kollegen trotzdem mit den Augen rollen, falls man in Elternzeit geht oder sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern möchte.

Der IW-Unternehmensmonitor zeigt: Unternehmen, die sich als

ausgeprägt familienfreundlich betrachten, werden nicht von allen Beschäftigten auch so gesehen.

Woran liegt das?

Wir sehen drei potenzielle Gründe für diesen Wahrnehmungs-Gap.

Option eins: Die Angebote der Arbeitgeber adressieren nicht die Bedarfe der Beschäftigten. Die Befragung der Beschäftigten im Unternehmensmonitor zeigt jedoch, dass das vorhandene Angebot größtenteils wertgeschätzt wird. Ich sehe den Grund für die Diskrepanz eher in der internen Kommunikation der Unternehmen, meinem zweiten Punkt. Hier können viele aus meiner Sicht noch besser werden. Oft wissen die Beschäftigten gar nicht, welche familienfreundlichen Möglichkeiten ihr Arbeitgeber anbietet, weil es sie aktuell nicht betrifft. Wenn ich niemanden habe, den ich pflegen muss, informiere ich mich im Zweifel nicht über die Unterstützungsangebote für diesen Fall. Arbeitgeber sollten deshalb ihre Angebote noch klarer und prominenter kommunizieren.

Und wie lautet die dritte mögliche Erklärung?

Ein Unternehmen kann sich um eine gute betriebliche Familienfreundlichkeit bemühen und viele flexible Optionen anbieten, der ein oder andere Abteilungsleiter jedoch trotzdem darauf bestehen, dass seine Mitarbeiter immer von 9 bis 17 Uhr ins Büro kommen. Hier sind wir wieder bei der Unternehmenskultur, die in der Praxis gelebt werden muss.

Immer mehr Betriebe bieten mobiles Arbeiten und flexible Arbeitszeiten an. Andere familienfreundliche Maßnahmen wie Jobsharing oder Kinderbetreuungsangebote nehmen dagegen ab.

Jobsharing ist ein spezielles Modell, das häufig auf Führungspositionen ausgerichtet ist, damit immer ein Ansprechpartner für die Mitarbei-

ter da ist. Der Grundgedanke ist super – allerdings müssen die zwei bis drei Personen, die sich den Job teilen, wirklich sehr gut miteinander interagieren und kommunizieren, da sie mit einer Stimme sprechen sollten. Ein Unternehmen, das Jobsharing anbieten möchte, muss also zunächst Personen finden, zwischen denen die Abstimmung so gut funktioniert.

In der Kinderbetreuung lohnt sich ein genauerer Blick. Nehmen wir zum Beispiel das Thema Betriebskindergärten. Der Staat baut die Kita-Infrastruktur immer weiter aus – und die Eltern nehmen natürlich lieber die wohnortnahe Betreuung im sozialen Umfeld des Kindes als beim Arbeitgeber wahr. Deswegen ist es wichtig, den staatlichen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur weiter voranzutreiben. Mangelnde Kinderbetreuung können und sollten die Unternehmen nicht kompensieren müssen.

Das gilt aber nicht für die Freistellungstage bei Kinderkrankheit, die ebenfalls zurückgegangen sind.

Das stimmt, aber auch dafür gibt es einen plausiblen Grund. Seit 2020 hat der Staat die gesetzlichen Ansprüche auf Kinderkrankheitstage von zehn auf 30 Arbeitstage im Jahr je Kind verdreifacht, bei Alleinerziehenden sind es mittlerweile sogar 60 Arbeitstage. Wir fragen in unserer Studie aber danach, was die Unternehmen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus leisten. Wenn sich die Grenze nach oben verschiebt, ist es klar, dass weniger Betriebe als zuvor noch mehr zusätzlich anbieten.

Zur Familienfreundlichkeit zählt auch, diejenigen Beschäftigten zu berücksichtigen, die Angehörige pflegen. Im Vergleich zu kinderfreundlichen Maßnahmen unterstützen die Unternehmen hier deutlich weniger. Braucht es

mehr gesetzliche Regelungen für Pflegende?

Wir beobachten zwar, dass das Thema Pflege in den Unternehmen stärker angekommen ist. Die Herausforderung jedoch bleibt, dass die Übernahme der Pflege eines Angehörigen für Beschäftigte im Gegensatz zur Kindesplanung oft unvorhergesehen kommt. Außerdem steigt der Pflegebedarf in der Regel über die Zeit. Das ist in der vorgelagerten Organisation häufig schwierig abzubilden. Da jeder Fall anders ist, lässt es sich gesetzlich nicht gut festschreiben, wie genau die Pflegezeit aussehen sollte. Hier ist es wichtig, dass Arbeitgeber und Beschäftigte bilateral eine gute und flexible Lösung miteinander finden.

Können Sie beziffern, wie viel Geld sich die Unternehmen in Deutschland familienfreundlich pro Jahr kosten lassen?

Da fragen wir ganz bewusst nicht nach. Natürlich wäre es spannend, zu wissen, wie hoch das Budget dafür ist. Allerdings lässt sich vieles, was mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun hat, nicht in monetären Größen messen. Oft sind es scheinbare Kleinigkeiten in der betrieblichen Organisation, die ein Unternehmen familienfreundlich machen: zum Beispiel, auf welcher Uhrzeit die fixen Termine liegen – der Vormittag ist für viele Eltern, die nachmittags ihre Kinder abholen müssen, deutlich günstiger.

Zahlt sich das Engagement der Betriebe – plus das Geld, das tatsächlich in die Hand genommen wird – denn aus?

Der Unternehmensmonitor zeigt deutlich, dass Beschäftigte, die Berufliches und Privates nicht gut miteinander kombinieren können, häufiger über einen Wechsel des Arbeitgebers nachdenken. Das Engagement zahlt sich also in Form der Fachkräftebindung aus.

Länger arbeiten lohnt sich

Rente. Mehr Rentner, weniger Beitragszahler – Einschnitte bei der Rente scheinen unvermeidbar. Dagegen ist aber ein Kraut gewachsen. Wer nicht zum frühestmöglichen Zeitpunkt in den Ruhestand wechselt, kann seine Monatsrente und den lebenslangen Rentenbezug überdurchschnittlich stark erhöhen.

„Die Rente ist sicher“ – der Satz vom ehemaligen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (SPD) aus dem Jahr 1986 gilt nach wie vor. Die Frage ist aber, in welcher Höhe. Denn das umlagefinanzierte System steht aufgrund der demografischen Veränderungen in Deutschland massiv unter Druck. Der Blick auf das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern macht das ganze Ausmaß des Problems deutlich:

Kamen Anfang der 1960er Jahre noch sechs sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf einen Rentner, werden es laut aktuellen Berechnungen 2030 nur 1,5 sein.

Eine Reform des Rentensystems ist daher dringend notwendig. Aktuell erhalten Rentner 48,1 Prozent ihres Lohns als Alterssicherung – vor Steuern wohl gemerkt. Dieser Wert wird nach dem letzten Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung voraussichtlich bis zum Jahr 2036 auf 44,9 Prozent sinken; gleichzeitig drohen die Beitragssätze von derzeit 18,6 Prozent auf 21,3 Prozent zu steigen.

Die Ampelkoalition will das Sicherungsniveau allerdings bei 48 Prozent dauerhaft stabilisieren. Die Folge: noch höhere Beiträge für die erwerbstätigen Versicherten.

Eine höhere Regelaltersgrenze könnte das System stabilisieren, aber

auch hier möchten die Parteien aktuell nicht ran. Vielmehr will die Regierung Arbeitnehmer motivieren, länger zu arbeiten. Anfang des Jahres hat sie deshalb die Hinzuerdienstgrenze für Frührentner abgeschafft. Würde dies vermehrt genutzt, bliebe den Betrieben das Know-how ihrer älteren Fachkräfte zwar länger erhalten. Auch die Rentenkasse dürfte sich über die länger gezahlten Beiträge freuen.

Teuer käme das aber trotzdem, weil die Rente nicht mehr das Arbeitseinkommen ersetzt, sondern bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze das Haushaltseinkommen aufstockt.

Dabei gerät aus dem Blick, dass es sich bereits heute für Versicherte lohnt, länger im Berufsleben zu bleiben (Grafik):

Pro Jahr, das ein Versicherter früher in Rente geht, muss dieser einen Rentenabschlag von 3,6 Prozent hinnehmen. Jedes zusätzliche Berufsjahr jenseits der Regelaltersgrenze wird dagegen mit einem Bonus von 6 Prozent zusätzlich vergoldet.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat diese Optionen nun beispielhaft für einen Beitragszahler Jahrgang 1961 mit jährlich durchschnittlichem Verdienst berechnet. Geht der im kommenden Jahr nach

40 Berufsjahren in Rente, wäre ein Abschlag von insgesamt 10,8 Prozent fällig. Er erhält 2024 eine monatliche Bruttorente von rund 1.368 Euro.

Entschließt er sich dagegen, drei Jahre länger zu arbeiten und erst 2027 mit 66,5 Jahren regulär in Rente zu gehen, dann bekäme er eine Monatsrente von nominal 1.824 Euro. Hinzu kommen nicht nur Rentenansprüche für drei weitere Beitragsjahre, es fallen auch keine Abschläge an.

Wie können aber Renten aus dem Jahr 2027 mit denen aus dem Jahr 2024 verglichen werden? Dazu müssen die bis dahin zu erwartenden Rentenerhöhungen zurückgerechnet werden. Deshalb entspricht der abschlagsfreien Rente aus dem Jahr 2027 im kommenden Jahr ein Gegenwert von rund 1.654 Euro. Noch höher fällt die Differenz aus, wenn man über die Regelaltersgrenze hinaus arbeitet.

Der Clou: Die Rechnung geht auch langfristig auf. Zwar könnte man denken, dass sich durch den kürzeren Rentenbezug – im Beispiel wird eine Lebenserwartung von 85 Jahren unterstellt – die Gesamtsumme der lebenslang bezogenen Rente nicht wesentlich verändert oder gar sinkt. Denn wer in dem Beispiel zwei Jahre länger arbeitet als gesetzlich vorgesehen, bezieht immerhin fünf Jahre weniger Rente als bei einem um drei

Rente: Länger arbeiten lohnt sich

Beispielrechnung für einen gesetzlich Versicherten Jahrgang 1961 mit jährlich durchschnittlichen Verdiensten und einem regulären Renteneintrittsalter von 66,5 Jahren sowie einer Lebenserwartung von 85 Jahren

Renteneintritt (jeweils zum 1.7.)	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Alter	63,5	64,5	65,5	66,5	67,5	68,5
Beitragsjahre	40	41	42	43	44	45
Abschlag/Bonus in Prozent	-10,8	-7,2	-3,6	0	6	12
monatliche Bruttorente in Euro	1.367,50	1.465,40	1.558,10	1.653,60	1.793,10	1.937,10
Renten- bezugsjahre bis 2046	22	21	20	19	18	17
Gesamtsumme der Rente in Euro (Barwert 2024)	283.484	296.490	305.213	312.319	322.545	330.879

Barwert: Künftige Rentenzahlungen werden um die bis dahin zu erwartenden jährlichen Rentenerhöhungen auf ihren Gegenwart im Jahr 2024 zurückgerechnet

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Jahre vorgezogenen Renteneintritt. Doch das Mehr an Geld ist deutlich, wenn man vergleicht, welchem Gegenwart die erwarteten Rentenbezüge im Jahr 2024 entsprechen:

Wer zwei Jahre länger arbeitet, statt drei Jahre früher in Rente zu gehen, erhält bei gleicher Lebenserwartung über 47.000 Euro mehr aus der Rentenkasse.

Vor allem für Menschen mit einer erwartbar durchschnittlichen oder niedrigen Rente lohnt es sich also,

noch ein paar Monate Berufsleben dranzuhängen. Für diese Möglichkeit sollte die Politik stärker werben.

Sinn ergibt das aber nur, wenn die Regierung gleichzeitig Fehlanreize zugunsten eines früheren Renteneintritts abschafft. In erster Linie gilt dies für die vorzeitige abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährig Versicherte sowie für den zum Jahresbeginn eingeführten Wegfall der Hinzuverdienstgrenze für Vorrühändler.

Diese Maßnahmen können helfen, das Arbeitszeitvolumen in Deutschland zu erhöhen und somit sowohl dem demografischen Wandel als auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Rentenkasse zu stabilisieren.

IW-Kurzbericht 62/2023

Jochen Pimpertz: Länger arbeiten lohnt sich im Alter
iwkoeln.de/arbeiten-im-alter

Spitzenreiter unter Druck

Landtagswahl Bayern. Am 8. Oktober wählen rund 9,4 Millionen Menschen in Bayern einen neuen Landtag. Aus wirtschaftlicher Sicht haben sie kaum Gründe, die amtierende Regierung um Markus Söder abzuwählen. Der Freistaat liegt bei vielen Wachstums- und Wohlstandsindikatoren bundesweit vorn – hat aber ein Sorgenkind.

Der CSU, die in Bayern mit den Freien Wählern regiert, droht bei der anstehenden Landtagswahl ein Dämpfer: Die Partei schafft es in aktuellen Umfragen nur auf 36 Prozent. Mit diesem Resultat würde die CSU ihr schwächstes Landtagswahlergebnis seit 1950 erzielen.

Zu den dringlichsten Themen zählen für die bayerischen Wähler die Migrationspolitik (27 Prozent) und die Energiewende (22 Prozent), wie der BayernTrend des Bayerischen Rundfunks zeigt. Um die wirtschaftli-

che Lage sorgen sich dagegen nur 11 Prozent. Kein Wunder, denn die Wirtschaftsleistung des Freistaats kann sich sehen lassen (Grafik):

Mit knapp 54.000 Euro liegt Bayerns Wirtschaftsleistung je Einwohner rund 17 Prozent über dem bundesweiten Schnitt.

Zudem war die Arbeitslosenquote mit 3,1 Prozent 2022 so niedrig wie in keinem anderen Bundesland.

Bayerns wirtschaftlicher Erfolg fußt auf seiner starken Automobilindustrie. Mit BMW und Audi haben

zwei internationale Premiummarken ihren Sitz im Freistaat. Dazu kommen MAN, einer der größten Lkw-Hersteller der Welt, sowie diverse Zulieferer – darunter Bosch, Schaeffler und Webasto. Über 300.000 Arbeitsplätze sind in Deutschlands flächenmäßig größtem Bundesland eng mit dem Fahrzeugbau verbunden.

Das große Aber: Die bayerischen Autohersteller verlieren international Marktanteile – vor allem in China, dem größten Pkw-Markt der Welt.

So lieferte BMW im Jahr 2022 rund 55.000 Fahrzeuge weniger an chinesische Kunden aus als 2021 – ein Minus von 6,4 Prozent. Audi exportierte 2022 sogar fast 10 Prozent weniger Fahrzeuge nach China als im Vorjahr.

Das Problem: Elektroautos bayerischer Hersteller sind in China kaum gefragt. Die E-Modelle von BMW und Audi kamen in der Volksrepublik 2022 auf einen Marktanteil unter den Elektroautos von nicht einmal 1 Prozent. Der Großteil der in China verkauften Elektroautos stammt von chinesischen Herstellern wie BYD und dem US-Konzern Tesla. Gleichzeitig drängen chinesische Hersteller auf den deutschen Markt.

Damit Bayerns Autohersteller mit der Konkurrenz mithalten können und der Freistaat wettbewerbsfähig bleibt, sollte der neue Landtag alles daransetzen, den Wechsel zur Elektromobilität zu beschleunigen.

Bayern in Zahlen

im Jahr 2022

	Bayern	Deutschland
WAHL 2023		
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	53.768	45.993
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	24,2	17,2
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung gegenüber 2010 in Prozent (Juni)	27,5	23,2
Arbeitslosenquote in Prozent	3,1	5,3
Glasfaserversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent	19,0	18,2

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

In Hessens Schulen hakt's

Landtagswahl Hessen. Roland Koch, Volker Bouffier, Boris Rhein – seit 1999 stellt die CDU die Ministerpräsidenten in Hessen. Das will die SPD mit Spitzenkandidatin Nancy Faeser ändern. Sie setzt dabei auf ein Thema, das den Hessen zurzeit Sorgen bereitet.

Am 8. Oktober wählen mehr als 4,4 Millionen Menschen in Hessen einen neuen Landtag. Wirtschaftlich geht es dem Bundesland gut. Die amtierende schwarz-grüne Koalition manövrierte die hessische Wirtschaft erfolgreich durch die krisenreichen vergangenen Jahre (Grafik):

Hessens Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag im Jahr 2022 rund 10 Prozent über dem bundesweiten Schnitt.

Ein wichtiger Faktor neben den Finanzdienstleistungen: die Chemie- und Pharmabranche. Der wichtigste

Industriezweig des Landes setzte 2022 knapp 34,5 Milliarden Euro um – mehr als 8 Prozent als 2021.

Dementsprechend machen sich die Hessen wenig Sorgen um die wirtschaftliche Lage in ihrem Bundesland. Im HessenTrend des Hessischen Rundfunks schätzen nur 7 Prozent die Wirtschaft als dringlichstes Problemfeld ein.

Was die Hessen viel mehr beschäftigt, ist die Bildungssituation im Land: Rund ein Drittel der hessischen Wähler sieht dort den größten Handlungsbedarf.

Dass die Sorge berechtigt ist, zeigen die Zahlen: Im bundesweiten Gesamtranking des INSM-Bildungsmonitors 2023 reicht es zwar noch für einen Platz im Mittelfeld (siehe iwd 19/2023), bei einzelnen Indikatoren fällt das hessische Bildungssystem allerdings ab. So belegt Hessen in puncto Internationalisierung, Schulqualität und Bildungsausgaben jeweils einen der letzten fünf Plätze. Im Jahr 2021 lagen die Ausgaben des Landes pro Schüler ab Klasse fünf an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen im Vergleich zu den gesamten öffentlichen Ausgaben des Landes pro Einwohner rund 15 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Mit einem umfangreichen Investitionsprogramm wollen die Sozialdemokraten um Nancy Faeser die Schulen nun sanieren und modernisieren. Außerdem sollen Studienplätze für das Lehramt aufgestockt und der Quereinstieg als Lehrer erleichtert werden. Das Ziel: Hessen zum Bildungsland Nummer eins machen.

Die CDU geht das Problem ebenfalls an und setzt auf Digitalisierung. Die Partei möchte jeden Schüler ab der siebten Klasse mit einem digitalen Endgerät ausstatten und virtuelle Räume in den Schulen schaffen. Außerdem auf dem Plan der Christdemokraten: der Bau einer komplett digitalen Pilotschule.

Ob die CDU damit überzeugen kann, wird sich an der Wahlurne zeigen.

Hessen in Zahlen

im Jahr 2022

	Hessen	Deutschland
WAHL 2023		
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	50.751	45.993
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	12,0	17,2
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung gegenüber 2010 in Prozent (Juni)	23,2	23,2
Arbeitslosenquote in Prozent	4,8	5,3
Glasfaserversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent	12,3	18,2

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2023 IW Medien / iwd

Wirtschaftsblick auf die AfD

Wirtschaftspolitik. Die AfD ist im Umfragehoch. Gut jeder Fünfte würde sie wählen, wenn jetzt eine Bundestagswahl anstünde. Das IW hat diese politische Gemengelage zum Anlass genommen, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände zu befragen, wie sie das Erstarken der Partei mit Blick auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einschätzen.

In Umfragen ist die AfD so stark wie nie, in einigen ostdeutschen Bundesländern wäre sie derzeit sogar stärkste Kraft. Und auch erste wichtige kommunale Ämter hat sie inzwischen inne. Politik und Wirtschaft diskutieren über einen angemessenen Umgang mit der Rechtsaußenpartei und den Risiken, die von ihr ausgehen. Um ein empirisch fundiertes Stimmungsbild aus der Wirtschaft zum Erstarken der Rechtspopulisten zu erhalten, hat das IW 54 Hauptgeschäftsführer von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden befragt. Das Ergebnis (Grafik):

Die Wirtschaft sieht durch die AfD Risiken für sich selbst – aber noch größere für die Politik.

Konkret schätzen 85 Prozent das Risiko hoch ein, dass die Bildung einer handlungsfähigen Regierung auf Landesebene schwerer würde. Für den Bund erkennen dasselbe Problem knapp drei Viertel. Vier von fünf Befragten sehen zudem eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich eine starke AfD langfristig negativ auf die konstruktive politische Kultur auswirken wird.

Auch wenn die politischen Auswirkungen von den Verbänden gravierender eingeschätzt werden, ist die Skepsis mit Blick auf wirtschaftliche Konsequenzen ebenfalls groß. So rechnen 68 Prozent mit großen und weitere 26 Prozent mit geringen Risiken für die Fachkräftesicherung.

Große Gefahren durch eine langfristig starke AfD sehen immerhin 60 Prozent auf den Wirtschaftsstandort Deutschland zukommen, weitere 36 Prozent der Befragten gehen zumindest von geringen negativen Konsequenzen aus.

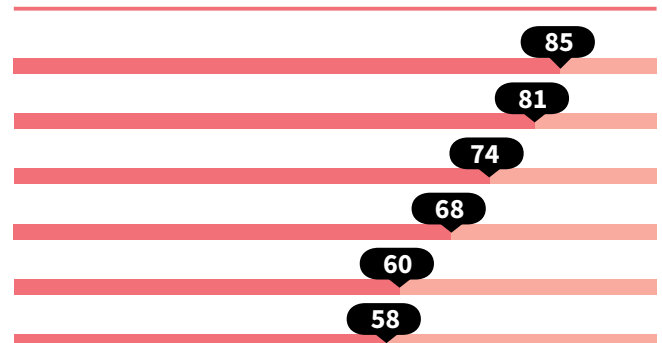
Aus der Umfrage geht darüber hinaus hervor, wie sich die politische Debattenkultur bereits verschoben hat. So stufen Verbandschefs vielfach die EU und ihre Institutionen als reformbedürftig ein. Die AfD tendiert dazu, die EU-Kritik der Verbände zu instrumentalisieren, um die EU-Skepsis in der Bevölkerung zu vergrößern. Eine konstruktive Debatte unter Einbezug der Partei scheint kaum möglich.

Verbände: Probleme durch AfD vor allem politisch

So viel Prozent der 54 befragten Hauptgeschäftsführer deutscher Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände schätzen das Risiko eines langfristigen Erstarkens der AfD für die folgenden Aspekte so ein

Aspekt	Risiko eingeschätzt
... handlungsfähige Regierungen auf Landesebene	85
... eine konstruktive politische Kultur	81
... eine handlungsfähige Regierung auf Bundesebene	74
... die Fachkräftesicherung	68
... den Wirtschaftsstandort Deutschland	60
... eine der Transformation angemessene Wirtschaftspolitik	58

Hohes Risiko für ...



Rest zu 100: Keine Angabe/weiß nicht; Befragung im August 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Bedenken – wenn auch nicht ganz so gravierend – hat die Wirtschaft zudem, dass Deutschland durch eine starke AfD Freihandelsabkommen verhindert oder das Ansehen bei internationalen Partnern Schaden nehmen könnte. Die aktuellen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft führen die Befragten stärker auf unzureichende Digitalisierung, hohe Energiepreise, fehlende Fachkräfte oder zu viel Bürokratie zurück. Unabhängig von den Risiken aus einem AfD-Erstarken ergibt sich hieraus eine Unzufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftspolitik.

Dennoch ist das Vertrauen der Wirtschaft in die etablierten Parteien hoch: Schließlich sind 96 Prozent der befragten Verbandschefs überzeugt, dass sich die aktuellen Herausforderungen mit Parteien, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, grundsätzlich erfolgreicher angehen lassen als mit Parteien, bei denen daran Zweifel bestehen.

Ebenso viele sprechen der AfD die Regierungsfähigkeit auf Bundesebene ab. Für die Landesvertretungen schätzen vier von fünf Hauptgeschäftsführern die AfD als nicht regierungsfähig ein.

IW-Kurzbericht 63/2023

Knut Bergmann, Matthias Diermeier: AfD-Erstarken: Verbände sehen stärker politische als ökonomische Risiken
iwkoeln.de/afd-umfrage



Foto: IW/Medien

Im Interview: Matthias Diermeier, Leiter des Kooperationsclusters Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft im IW.

Warum ist für Wirtschaftsvertreter eine starke AfD eher ein politisches als ein ökonomisches Risiko?

Die relativ niedrige Besorgnis um die wirtschaftlichen Implikationen des AfD-Erstarkens bedeutet keinesfalls, dass man der Partei eine solide Wirtschaftspolitik zutrauen würde. Vielmehr ergibt sich der Befund aus dem begrenzten Einfluss, den die AfD auf die Wirtschaftspolitik hat. Weder im Bund noch in den Ländern ist absehbar, dass Entscheidungen unmittelbar durch AfD-Vertreter getroffen werden.

Die Sorgen drehen sich vor allem um die politische Kultur im Land. Was bedeutet das genau?

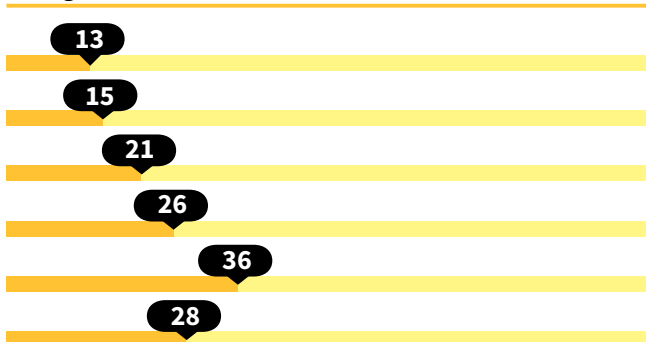
Die politische Kultur hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Verrohung von

Sprache und Diskurs strahlt von den Parlamenten in den digitalen Raum und die Anhängerschaft. Durch die ständige Präsenz einer in Teilen rechtsextremistischen Anti-Establishment-Partei ist man auf der Hut, welche Position man öffentlich vertreten kann und welche Positionen Gefahr laufen könnten, vereinbart zu werden. Für eine konstruktive Streitkultur ist das Gift.

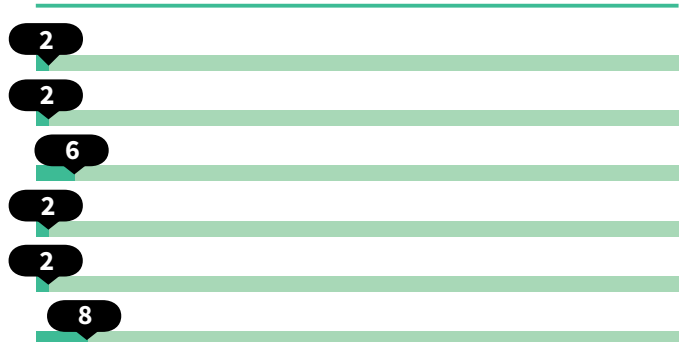
Welche Risiken hätte die Ausrichtung der AfD für den Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn sie in politische Verantwortung käme?

Nach den vielen Häutungen der Partei bleibt grundsätzlich unklar, welche derzeit im Parteiprogramm avisierten Politiken tatsächlich umgesetzt werden würden. Sicherlich käme es jedoch zu einer Verschärfung der Migrationshürden – auch für Fachkräfte. Den Fachkräftemangel möchte die AfD über eine höhere Geburtenquote einhegen. Das kann nicht gelingen. Zudem wäre sie eine Gefahr für die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Denn europapolitisch stünden die Rückkehr zur D-Mark oder sogar der EU-Austritt im Raum. Selbst aus der Rückabwicklung der Klimapolitik, wie sie die AfD vorschlägt, dürften massive Konflikte mit der EU erwachsen.

Geringes Risiko für ...



Kein Risiko für ...



Ohne Hilfen geht es nicht

Industriepolitik. Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. Mit der dafür erforderlichen Transformation der deutschen Industrie nehmen die staatlichen Eingriffe ins Marktgeschehen zu, Industriepolitik ist wieder en vogue. Auch die Absicherung der Lieferketten erfordert industriepolitische Maßnahmen. Kontrovers diskutiert werden zudem Subventionen für bestimmte Technologien und Branchen – sie scheinen nötig, sind aber strikt zu begrenzen.

Industriepolitik hat in Deutschland traditionell einen eher schlechten Ruf: Verwiesen wird gern darauf, dass Deutschland ohne eine wirkliche branchenbezogene Industriepolitik einen Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von etwa 20 Prozent gehalten hat, während Frankreich als klassischer Akteur zentralstaatlicher Industriepolitik stark deindustrialisiert ist; der Wertschöpfungsanteil der Industrie

ist im Nachbarland nur etwa halb so groß wie hierzulande.

Deutschland ist mit einem wirtschaftspolitischen Modell, das die Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen stärker in den Blick nimmt und ansonsten auf eine wettbewerbsneutrale Ordnungspolitik setzt, bislang gut gefahren. Dies belegt der IW-Standortindex, der die internationale industrielle Standortqualität anhand einer Reihe von Indikatoren vergleicht (Grafik Seite 13):

Im IW-Standortindex lag Deutschland im jüngsten verfügbaren Jahr 2021 auf einem respektablen vierten Platz – trotz zunehmender Klagen über marode Brücken, langsames Internet und endlose Genehmigungsverfahren.

Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine für die hiesigen Energiepreise sind dabei jedoch noch nicht berücksichtigt, für energieintensive Industrien haben sich die Standortbedingungen seitdem stark verschlechtert.

Angesichts der gewaltigen Aufgabe der klimagerechten Transformation der Wirtschaft reicht es daher nicht mehr aus, allein auf die Rahmenbedingungen zu achten. Gerade die energieintensive Industrie, die Grundstoffe wie Stahl oder Chemikalien herstellt, ist auf günstige und jederzeit verfügbare Energie angewiesen. Sie selbst ist für das Land ökonomisch bedeutsam (Grafik):

Die energieintensiven Industriezweige beschäftigten im Jahr 2022 in Deutschland annähernd 850.000 Arbeitnehmer.

Die energieintensiven Betriebe sind zudem überdurchschnittlich produktiv: Ihr Anteil an der industriellen Wertschöpfung liegt bei knapp 21 Prozent, während ihr Beschäftigtenanteil nur 15 Prozent beträgt.

Energieintensive Industrie in Zahlen

im Jahr 2022

	Beschäftigte	Anteil der Beschäftigten in der Industriebeschäftigung in Prozent	Bruttowertschöpfung in Milliarden Euro
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	118.615	2,15	10,72
Kokerei und Mineralölverarbeitung	17.242	0,31	31,95
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	332.288	6,01	42,69
Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	154.008	2,79	16,22
Metallerzeugung und -bearbeitung	227.186	4,11	16,25
Summe der energieintensiven Industrien	849.339	15,36	117,83
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	5.528.924	100	567,22

Bruttowertschöpfung: 2020

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Macrobond, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd





















Der Umstieg auf regenerativ erzeugten Strom und Wasserstoff führt dabei zu besonderen Herausforderungen. So benötigen Unternehmen für den Wechsel von Erdgas auf klimaneutralen Wasserstoff Hilfen und Sicherheiten, da dieser bislang noch kaum verfügbar und sehr teuer ist. Auch die Produzenten des Wasserstoffs brauchen Abnahme- und Preisgarantien, um die Investition in Produktionsanlagen, Lagerstätten und Transport in Angriff nehmen zu können. Entscheidende Punkte sind dabei die Geschwindigkeit einer „Transformation auf Anweisung“ bis 2045 und die privatwirtschaftlich nicht abbildbaren Risiken, die mit einer Investition in eine derzeit nicht wirtschaftliche Technologie verbunden sind.

Ohne eine sektororientierte Industriepolitik ist die Transformation des gesamten Wirtschaftssystems daher nicht machbar. Dabei wandert die Politik aber auf einem schmalen Grat, denn gleichzeitig müssen weiterhin Dauersubventionen bestimmter Sektoren und Unternehmen, seien es Stahlwerke, Batteriehersteller oder Chipfabriken, vermieden werden.

Zu den kontrovers diskutierten Maßnahmen gehört deshalb aktuell ein Brückenstrompreis für die Industrie, um dem Kostenanstieg entgegenzuwirken. Fraglich bleibt, ob Strom durch den beschleunigten Ausbau von Wind- und Solarparks ab 2030 wirklich wieder günstiger wird, da der erforderliche Netzausbau sowie gas- respektive zukünftig wasserstoffbetriebene Back-up-Kraftwerke für Dunkelflauten viel Geld kosten. Die angestrebte Brücke könnte daher ins Nichts führen, wenn ein auf Wind und Sonne basierendes Stromsystem teuer bleibt. Trotzdem sollte die Bundesregierung hier tätig werden, denn ansonsten droht ein allzu abrupter Kahlschlag energiein-

IW-Standortindex: Die Top 20

Indexwert der industriellen Standortqualität auf einer Skala von 0 bis 200 von insgesamt 45 erfassten Ländern im Jahr 2021, Mittelwert = 100

 Schweiz	128,0	 Südkorea	115,6
 Australien	126,8	 Norwegen	115,5
 Dänemark	124,1	 Japan	113,9
 Deutschland	123,4	 Österreich	113,7
 USA	122,9	 Neuseeland	113,3
 Niederlande	121,3	 Belgien	113,3
 Schweden	121,2	 Großbritannien	112,6
 Kanada	120,8	 Israel	111,1
 Finnland	120,4	 Malaysia	110,1
 Irland	119,1	 Frankreich	107,1

Industrielle Standortqualität: Bewertet werden die Kategorien Staat, Wissen, Infrastruktur, Markt, Ressourcen und Kosten

Quelle: IW Consult
© 2023 IW Medien / iwd



tensiver Produktion in Deutschland – mit entsprechenden Auswirkungen auf nachgelagerte Sektoren. Um eine Dauersubvention zu vermeiden, sollte die Vergünstigung des Strompreises auf einen bestimmten Verbrauchsanteil begrenzt und zudem stufenweise zurückgefahren werden.

Bei der Entscheidung über Hilfen für energieintensive Industrien am Standort Deutschland sollte auch beachtet werden, dass der Bezug der von ihr erzeugten Vorprodukte aus dem Ausland neue Abhängigkeiten schafft – und nicht reduziert. Insbesondere die Abhängigkeit von Lieferungen aus China sollte nicht noch weiter erhöht werden (siehe iwd 16/2023).

Zudem sollten auch die „klassischen“ Felder der Standortpolitik hinsichtlich der Industrie nicht vernachlässigt werden, denn hier

fällt Deutschland derzeit zurück: Im Bereich der Standortkosten liegt die Bundesrepublik nun auf Rang 44 von 45 untersuchten Ländern, 2018 reichte es noch für Platz 37.

In der Infrastruktur und der staatlichen Performance rutscht Deutschland ebenfalls spürbar ab, bei Verkehrswegen und Breitband von Rang zwei auf Rang sechs und bei der staatlichen Leistungsfähigkeit von Platz acht auf Platz elf. Daher sollten neben erhöhten Investitionen in Brücken, Bahnlinien und digitale Netze endlich ein wirksamer Bürokratieabbau, schnellere behördliche Verfahren und die Digitalisierung der Verwaltung entschlossen angepackt werden.

IW-Policy Paper 7/2023

Michael Hüther et al.:
Industriepolitik in der Zeitenwende
iwkoeln.de/industriepolitik

Gewichtige Hauptstädte

Wirtschaftsentwicklung. Die europäischen Hauptstadregionen beeinflussen die Wirtschaftskraft ihres jeweiligen Landes durchweg positiv. Der Effekt fällt allerdings unterschiedlich stark aus. Ein Zehnjahresvergleich offenbart zudem die Boom-Metropolen und jene, die wirtschaftlich an Bedeutung verloren haben.

Ob Athen, Stockholm oder Prag: In den EU-Staaten sorgten die jeweiligen Hauptstadregionen im Jahr 2021 für eine höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf.

Mittlerweile gilt dieser Befund für alle vom Institut der deutschen Wirtschaft untersuchten Länder in der Europäischen Union, für die Eurostat entsprechende Regionaldaten vorhält, gleichermaßen.

Vor einer Dekade gab es noch einen Ausreißer: Im Jahr 2011 hatte Berlin als einzige EU-Hauptstadregion die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung seines Staates gedrückt. Ohne Berlin wäre das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Deutschland um knapp 0,1 Prozent höher ausgefallen.

Inzwischen würde die hiesige Wirtschaftskraft ohne Berlin zwar sinken, allerdings nur um gut 0,1 Prozent. Damit ist die Bundeshauptstadt weiter und mit Abstand das Schlusslicht im IW-Ranking: Ohne Rom, das auf dem vorletzten Platz liegt, wäre das italienische BIP pro Kopf um immerhin rund 1,6 Prozent niedriger.

An der Spitze der Hauptstadteffekte stehen zwei osteuropäische Hauptstadregionen – Sofia in

Bulgarien und Budapest in Ungarn. Ohne sie läge das Pro-Kopf-BIP der Staaten um 29 respektive 24 Prozent niedriger.

Um herauszufinden, welche Hauptstadregionen aktuell boomen und welche – zumindest relativ gesehen – an Bedeutung verlieren, hat das IW die jeweiligen Effekte aus dem Jahr 2021 – neuere Daten gibt es nicht – mit denen von 2011 verglichen (Grafik):

Binnen zehn Jahren hat sich die Bedeutung der Regionen um Kopenhagen und Sofia besonders eindrucklich erhöht. Der Hauptstadteffekt auf das BIP pro Kopf stieg in Dänemark um 3,6 und in Bulgarien um 1,9 Prozentpunkte.

Was das bedeutet, illustriert der Status quo: In Bulgarien wurde im Jahr 2021 rund die Hälfte des BIP in der Hauptstadregion erwirtschaftet, in Dänemark waren es immerhin 43 Prozent. Den gegenläufigen Trend erlebten vor allem Portugal, Österreich und Ungarn. Innerhalb des Zeitraums reduzierte sich der Effekt Lissabons um 4,2 Prozentpunkte, Wiens Effekt ging um annähernd 2,6 Punkte zurück und für Budapest lag das Minus bei 2,3 Punkten.

Eine naheliegende Erklärung für diese konträre Entwicklung wäre, dass sich der Hauptstadteffekt in einem Land mit stark wachsender Wirtschaft verringert, weil andere Regionen wirtschaftlich zur jeweiligen Metropolregion aufschließen konnten.

Zwar gilt das wohl für Ungarn mit seiner relativ gesehen schwächelnden Hauptstadregion Budapest – das reale Bruttoinlandsprodukt Ungarns legte pro Kopf binnen zehn Jahren um fast 35 Prozent zu.

Doch auch Bulgariens Wirtschaft wuchs um mehr als 30 Prozent, was dem Hauptstadteffekt Sofias aber keinen Dämpfer versetzte.

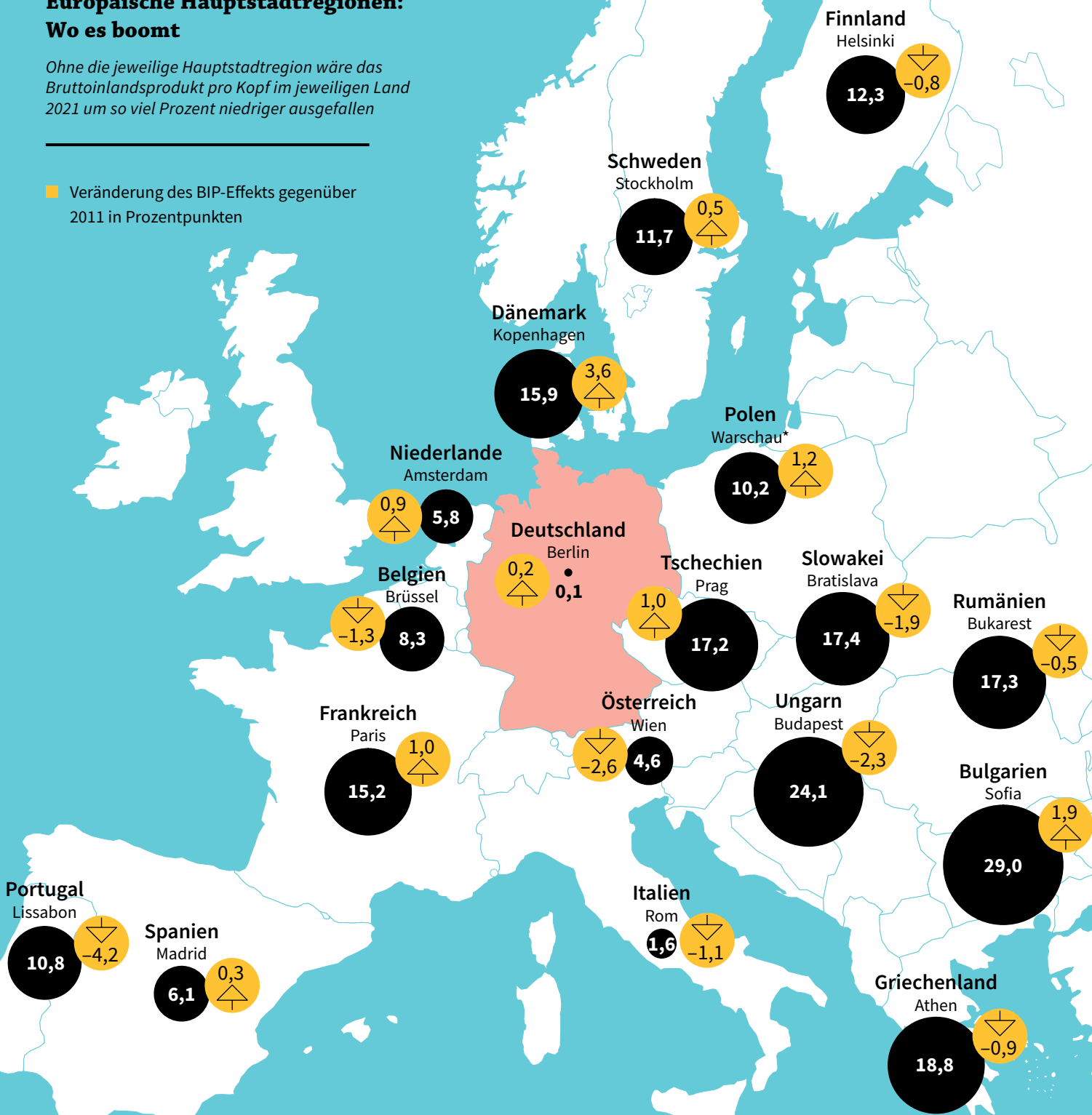
Und Wiens Wirtschaft verlor signifikant an Relevanz, obwohl die österreichische Wirtschaft innerhalb der zehn betrachteten Jahre pro Kopf um weniger als 2 Prozent zulegte.

In der EU zeigt sich schließlich die Vielschichtigkeit der Wachstumsmodelle. Dazu gehört auch, dass Deutschland zuletzt leicht von Berlin profitieren konnte. Das Groß des Wachstums kommt hierzulande aber weiterhin aus den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg.

Europäische Hauptstadtregionen: Wo es boomt

Ohne die jeweilige Hauptstadtregion wäre das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im jeweiligen Land 2021 um so viel Prozent niedriger ausgefallen

■ Veränderung des BIP-Effekts gegenüber 2011 in Prozentpunkten



Warschau: mit Bevölkerungszahlen von 2014 statt 2011
Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Der iwd auf Instagram



Auf unserem Instagram-Kanal posten wir regelmäßig spannende Inhalte aus der Welt der Wirtschaft.

Ganz neu:

unsere Videos, in denen wir Wirtschaftsbegriffe anschaulich erklären – von Big-Mac-Index über Bruttoinlandsprodukt bis Rezession. Folgen Sie uns, um keinen unserer Beiträge zu verpassen!



[instagram.com/iwd_de/](https://www.instagram.com/iwd_de/)

Top-Liste: Lesekompetenz

Obwohl das Recht auf Bildung in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fest verankert ist, lag die weltweite Alphabetisierungsrate im Jahr 2020 unter den über 14-Jährigen nur bei 86,7 Prozent. Im Umkehrschluss: Rund jeder achte Jugendliche und Erwachsene kann kulturell, psychisch- oder bildungsbedingt kaum bis gar nicht lesen und schreiben. Im internationalen Vergleich liegen jeweils drei Regionen über und unter dem weltweiten Durchschnitt grundlegender Lese- und Schreibkompetenzen: Mit einer Alphabetisierungsrate von gut 98 Prozent führen Europa und Zentralasien das Ranking an, dicht gefolgt von Ostasien und der Pazifikregion sowie Lateinamerika und der Karibik. In all diesen Regionen können mehr als neun von zehn Menschen lesen und schreiben. Den letzten Platz belegt Subsahara-Afrika. Dort liegt der Anteil der Alphabeten bei knapp 66 Prozent.

Alphabetisierung: In Europa und Zentralasien am höchsten

So viel Prozent der Menschen ab 15 Jahren konnten im Jahr 2020 in diesen ausgewählten WHO-Weltregionen lesen und schreiben

Europa und Zentralasien	98,4
Ostasien und Pazifik	95,9
Lateinamerika und Karibik	94,5
Weltweiter Durchschnitt	86,7
Naher Osten und Nordafrika	79,6
Südasien	73,7
Subsahara-Afrika	65,9